

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
gebühren für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 3 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 22. August 1925

Nummer 67

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. August hat jeder Interessent des Gewerbes die **Bestellung des „Korrespondent“** bei der Post vorzunehmen. Durch Verspätungen erhöht sich der Bezugspreis auf 50 Pf., weil die Post nach dem 25. eines Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhebt. Zustellungsgebühr 12 Pf.

### Wirtschaftspolitisches Wetterleuchten

Ansprüche, Annahmen und willkürliche Zumutungen der sogenannten Wirtschaftsführer an die menschliche Arbeitskraft sind in letzter Zeit besonders in Deutschland immer stärker und rücksichtsloser geworden. Es läme jedoch einer Unterschätzung der auch für die Wirtschaft swangsaufgaben natürlichen Gesetze gleich, wollte man diese Tatsache nur auf einen Mangel sozialer Kulturbegriffe zurückführen. Denn so wenig es zu bezweifeln ist, daß ein solcher Mangel tatsächlich vorhanden ist, ja geradezu als ein moralisches Charakteristikum der privatkapitalistischen Profitwirtschaft zu beurteilen ist, so wäre es dennoch verfehlt, wenn auf unsrer Seite, d. h. auf Seiten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, übersehen würde, daß der steigende Druck auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der großen Volksmassen nicht zum wenigsten dem Umstand auszuweisen ist, daß sich der gesamte Aufbau der privatkapitalistischen Güterproduktion und deren Zirkulation gerade durch ihre Ausdehnung zur Weltwirtschaft mehr und mehr gewissen Grenzen nähert, die selbst den bisherigen diktatorischen Kräften der stärksten Wirtschaftsbeherrscher keine wesentlichen Ausdehnungsmöglichkeiten mehr offen lassen, sondern den inneren mangelhaften Aufbau der Wirtschaft viel deutlicher in seinen Zusammenhängen und Abhängigkeiten von der menschlichen Arbeitskraft erkennen und fühlbar machen.

Das bisherige rücksichtslose Profitstreben der privatkapitalistischen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte hatte nämlich, solange dessen Wirtschaftsform weniger international oder weltumspannend war, immer noch die Möglichkeit zur Ausdehnung und Verschlebung seiner Kräfte. Nachdem jedoch insbesondere durch den nur aus dieser Möglichkeit und ihren wirtschaftspolitischen Folgen entstandenen Weltkrieg mit seiner Umwälzung der wirtschaftlichen Kräfte zwischen Siegern und Besiegten die Wirtschaft der Völker noch viel abhängiger voneinander geworden ist, treten auch die von jeder unter der Oberfläche wirkenden Konstruktionsfehler dieser Wirtschaftsform nur um so deutlicher hervor. Vor allem der Grundfehler, daß die privaten Profitinteressen mit den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Lebensinteressen der großen Volksmassen in dauerndem Widerspruch stehen, was sich in der Umwälzung auf die Schultern der Arbeiterschaft oder der großen Verbrauchergruppen durch verstärkten Druck auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse wie auch durch Preise äußert, denen kein entsprechendes Einkommen der Käufer gegenübersteht, haben sowohl eine Steigerung des Widerstandes der Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte wie auch die natürliche Unmöglichkeit einer hemmungslosen Ausdehnung des Warenabfahes herbeigeführt. Daneben laufen dann noch als dritte Hemmung der willkürlichen Ausdehnung der privatkapitalistischen Ausbeutung die Wirkungen der technischen und wissenschaftlichen Fortschritte, die teils zu einer außerordentlichen Steigerung vieler Produktionsmöglichkeiten und teilweise zur Veränderung der Bedarfsdeckung

durch andre Rohstoffe oder natürliche Hilfsquellen als bisher, gleichzeitig aber auch zur Ausschaltung oder Entwertung großer bisher als unentbehrlich beurteilter Zweige der privatkapitalistischen Produktion drängen.

Insbesondere die Kohlenkrise, die in der Hauptsache darin besteht, daß einer der wichtigsten Grundstoffe der bisherigen Wirtschaftsform, die Kohle, infolge anderer Energiequellen, wie Wasserkraft und Blaufeuerung, nicht mehr als ausschlaggebend beurteilt werden kann, zeigt, daß die privatkapitalistische Beherrschung der Wirtschaft vor neuen Umwälzungen und Erschütterungen steht. Denn durch diese Entwicklung der Dinge rein wirtschaftlicher Art sind die wichtigsten Fundamente und Träger der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ins Wanken gekommen. Und alle Versuche, die Gefahren für diese Wirtschaftsform, sei es durch Lohndruck wie andre Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen oder durch möglichst hohe Preise, zu bannen, können den allmählichen Zerfall dieser Wirtschaftsform nicht mehr verhindern; im Gegenteil, sie vergrößern die Schwierigkeiten für die private Beherrschung und Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte. Denn jeder Unterbrückungsversuch der organisatorischen Widerstandskraft der Arbeiterschaft ruft neue und stärkere Hemmungen der Produktion hervor, wie auch jedes weitere Festhalten an Preisen, die von den Verbrauchergruppen nicht getragen werden können, nur die Summe der Verlaufsosten der privatkapitalistischen Produktion erhöht und immer geringere Möglichkeiten bietet, das zur Fortsetzung der Wirtschaft erforderliche Kapital zu bilden.

Sowohl die Kapitalvernichtungen durch den Weltkrieg, wie der schon erwähnte Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft mit seiner allmählichen aber sicheren Entwertung von vielen Milliarden Betriebskapital in der Kohlenindustrie wirken belastend auf die gesamte Wirtschaft und haben durch die Zusammenfassung oder Verbindung des Weltkapitals in den Banken und den persönlich viel zu beschränkten Aktien-gesellschaften zu einem allgemeinen Mangel an Betriebskapital geführt. Die Kapitalverluste durch den Weltkrieg und der Versuch, durch den Versailler Friedensvertrag und das Dawes-Abkommen diese Verluste von den Besiegten wieder herauszuholen, belasten insbesondere die deutsche Wirtschaft des deutschen Volkes und sind für den Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft nicht zu unterschätzende Ursachen. Aber einen Vorteil haben davon auch die Empfänger dieser ungeheuren Summen nicht. Denn sie schmälern dadurch ihre eigene produktive Kapitalverwertung, während die hohen Preise und die gesunkene Kaufkraft der deutschen Volksmassen den Absatz der deutschen Waren im Inlande erschweren und infolgedessen die Produktion noch mehr verteuern.

Es ist daher auch gar kein Wunder, sondern eine ganz natürliche Erscheinung, daß durch den Weltkrieg und in den nachfolgenden Jahren das ganze Schwergewicht der wirtschaftlichen Macht jenem Lande und seiner Bevölkerung zufallen mußte, in dem nicht nur von Natur aus ganz andre wirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind, sondern auch die Spannung zwischen dem Einkommen der Arbeiterschaft, also der großen Masse des Volkes, und den Kosten der Lebenshaltung oder den Preisen aller Waren der privatkapitalistischen Produktion viel geringer ist. Und dieses Land sind die Vereinigten Staaten. Dieser sogenannten neuen Welt ist die ganze alte Welt tributpflichtig geworden, genau so wie das deutsche Volk infolge der kurzfristigen und volksfeindlichen Wirtschafts- und Staatspolitik seiner früheren Nachbarn den Siegern im Weltkrieg tributpflichtig geworden ist. Wenn sich nun auch der natürliche Vorsprung, den die Vereinigten Staaten infolge ihrer fast unermesslichen Bodenschätze besitzen, nicht leicht einholen läßt, so hat doch z. B. das deutsche Volk in seinen menschlichen Arbeitskräften ein nicht minder wertvolles Gut, dessen wertvolle wirtschaftliche Verwertung bei einer dementsprechenden Einstellung oder Umstellung

der deutschen Wirtschaftskräfte und einer engeren inneren Verbindung dieser Kräfte ein Höherkommen der deutschen Volkswirtschaft nicht unmöglich machen, sondern wesentlich erleichtern würde. Allerdings wird dies mit den bis heute beliebten sozialistischen Methoden des deutschen Unternehmertums und aller hinter ihm stehenden Privatkapitalisten nicht mehr auf die Dauer möglich sein.

Denn alle heutigen Widersprüche und unhaltbaren Zustände in der einzelnen Volkswirtschaft wie in der gesamten Weltwirtschaft beweisen doch nur, daß sie das unvermeidliche Ergebnis einer kurzfristigen Verkennung des sozialen Gegensatzes zwischen Profit und menschlicher Arbeitskraft sind. Durch die Entwicklung der menschlichen Wirtschaft zur Weltwirtschaft ist der Ausbeutungsspielraum für die Profitgier aus Kapitalbesitz zwar äußerlich räumlich erweitert, aber in seiner wirklichen Ertragsfähigkeit trotzdem enger geworden. Durch die Ausbreitung der privatkapitalistischen Ausbeutung auf alle Weltteile und fast alle Völker der Erde ist nämlich auch der natürliche Widerstand der ausgebeuteten Volksmassen verhältnismäßig größer geworden. Eine Verschärfung der Klassengegensätze ist die logische Folge dieser internationalen „Kapitalverwertung“, weil eben das Kapital selbst nur sehr schwer Mehrwerte schafft, während in Wirklichkeit alle Mehrwerte der privatkapitalistischen Wirtschaftsform nur der menschlichen Arbeitskraft abgepreßt werden. Aber diesen moralischen Untergrund der historischen wie modernen Kapitalverwertung können alle gesellschaftlichen oder juristischen Formulierungen nicht hinwegwischen. Sie können den wahren Sachverhalt nur zeitweise verbunkeln, ohne jedoch deren soziale und kulturelle Wirkungen auf die Dauer unterbinden zu können.

In Deutschland versucht man nun durch eine volksfeindliche Steuer- und Zollpolitik die Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform, und zwar im Gegensatz zu den diesbezüglichen Richtlinien der Reichsverfassung mit Hilfe der Gesetzgebung zu schützen. Das Reichsgericht als oberste Instanz deutscher Rechtsprechung hat außerdem erst vor kurzem eine Entscheidung gefällt, wonach alle Verabredungen innerhalb wirtschaftlicher Organisationen rechtsgültig sein sollen, sofern sie nicht den guten Sitten widersprechen. In der ganzen Unternehmerpresse, auch in der „Zeitschrift“ wie im „Zeitungsverlag“, ist von dieser Entscheidung mit ganz besonderer Befriedigung Kenntnis genommen worden. Denn durch diese Entscheidung hat das organisierte Scharfmachertum in deutschen Unternehmerkreisen die reichsgerichtliche Genehmigung für seine volksfeindlichen Preis- und Lohn tendenzen erhalten, die es nunmehr mit Hilfe besonderer Vereinbarungen für alle Mitglieder von Unternehmerorganisationen, Kartelle, Konzerne usw. mit hohen Konventionstrafen oder sonstigen wirtschaftlichen Fesseln unter dem Druck der Vertragsbestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches auch mit Hilfe der öffentlichen Gerichte durchzuführen in der Lage sein soll. Zweifellos wird die Folge dieser reichsgerichtlichen Entscheidung zunächst eine außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskämpfe der Zukunft mit sich bringen, ohne jedoch das Grundübel der gesamten privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Auslieferung der Lebensinteressen der großen Volksmassen an die Profitgier privatkapitalistischer Ausbeutung und die daraus resultierende fortgesetzt steigende Verschärfung der Klassengegensätze mit ihren unheimlichen Folgen für Staat und Gesellschaft, aufheben zu können.

Denn ob man z. B. das neuzeitliche Erwachen Chinas oder sonstiger alter Völker als natürliche Reaktion gegenüber den internationalen privatkapitalistischen Ausbeutungsgelüsten erkennt, ob man die Selbstständigkeitsbestrebungen der Riffabysen als natürliche Wirkung der gleichen Ursache beurteilt, ob man die internationale Kohlenkrise als eine Bestätigung der zum und durch das Blutbad des Weltkrieges und zum Versailler Vertrag führenden und gerade dadurch immer unhaltbarer gewordenen Planlosigkeit und Willkür der privatkapitalistischen Wirtschaftsform einschätzt, ob man die sogenannte Kapitalknappheit in Mitteleuropa und besonders in der Republik Hindenburg auf die Flucht der ehemalsigen Kapitalbesitzer in weit übersehliche Sachwerte und als unrationelle Erweiterung von Verkaufsposten im Produktionsprozeß und als Verstopfung der Geldzirkulation durch Schwächung der Kaufkraft der großen Verbrauchergruppen durch immer größere Differenzen zwischen kartellierter Preis- und Lohngestaltung zurückführt, ob man die von den deutschen „nationalen“ Regierungsveranteilen mit Hochdruck betriebene Belastung des deutschen Volkes mit ungeheuren direkten und indirekten Steuern und Zöllen als Quittung der ominösen Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 taktiert, so wird man für alles dieses nur die eine plausible Erklärung finden, daß die privatkapitalistische Wirtschaft und damit alle ihre Nachteile vor einem ideellen wie materiellen Debacle stehen, das sie nur noch dadurch zu verbergen und zu überwinden suchen, daß sie teils mit Drohungen, teils mit Gewalt der menschlichen Arbeitskraft das Opfer zumuten, ihre bisherige privatkapitalistische Ausbeutung auch fernerhin noch zu dulden.

## Die „Wirtschaft“ und die Gewerkschaften

Seit langem führen die deutschen Unternehmer einen erbitterten und hartnäckigen Kampf gegen die angeblich unerträglichen Belastungen der „Wirtschaft“, die durch die Lasten des Dawes-Abkommens, der Sozialpolitik und auch ganz besonders durch die „hohen“ Löhne entstanden sein sollen. Und immer wieder findet man in Unternehmerblättern Artikel, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, die in beweglichen Tönen stets dasselbe wiederholen und ihren Weg dann durch die gesamte bürgerliche Presse nehmen. Es liegt System in dieser verlogenen Darstellung der Ursachen der Wirtschaftskrise, denn durch die ständige Wiederholung immer derselben Tiraden glaubt der deutsche Spießbürger es schließlich und so kommt es dann, daß dem Arbeiter von Leuten, deren Urteilsfähigkeit durch Sachkenntnis nicht getrübt ist, entgegengehalten wird, die Notlage der Wirtschaft, die fortgesetzt steigenden Preise, die Verteuerung der ganzen Lebenshaltung entspringe durch die übertriebenen Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften.

Was ist nun aber diese sogenannte „Wirtschaft“ vom Standpunkt des Arbeiters aus betrachtet? Die Summe von privaten Einzelunternehmungen, lediglich abgestellt auf das eine Ziel, einen möglichst hohen Profit zu erreichen ohne Rücksicht auf die Interessen des Volksganzen. Und so lange diese „Wirtschaft“ nur vom ausschließlichen Gewinnstreben geleitet wird, hat die Arbeiterschaft und haben die Gewerkschaften als der andre Teil der „Wirtschaft“ die Aufgabe und die Pflicht, bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen und zu schaffen.

Auch in Nr. 63 der „Zeitschrift“ findet sich ein Artikel, der dieselben Gedankengänge entwickelt, wie alle diese Ergüsse, die aus der gleichen Quelle im Unternehmerlager stammen. In diesem Artikel wird rund und nett gesagt, eine der Hauptursachen der chronischen Kapitalkrise im heutigen Wirtschaftsleben sei die Sozial- und Lohnpolitik der Gewerkschaften, und weiter wird dann lässig die Behauptung aufgestellt, der Ausbau der Sozialgesetzgebung untergrabe den Arbeitswillen, als ob die Arbeiterschaft sich mit Wollust in den Bezug der Bettelosenneige der Erwerbslosenunterstützung und der andern Sozialrenten setzt, um damit ein Schlemmerleben zu führen, wie die armen, am Rande des Ruins stehenden Unternehmer es jetzt gerade zu dieser Zeit in den verschiedensten Bädern und Erholungsstätten des In- und Auslandes tun, wobei die Kosten eines Tages oft höhere sind als das Wochen Einkommen eines Arbeiters, der damit in der Regel noch eine mehrköpfige Familie über Wasser halten soll. Vielleicht könnte der deutsche Arbeiter auf den so notwendigen weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung verzichten, wenn das Unternehmertum bereit ist, ihm die Löhne zu zahlen, die der amerikanische Arbeiter erhält. Und nun die Arbeitsintensität, die angeblich um 15 bis 20 Proz. gegenüber der Friedenszeit zurückgegangen sein soll. Diese Behauptung ist in keinem Falle beweisbar und wo, wie bei der Kohle, Erhebungen darüber vorliegen, ist das Gegenteil festzustellen. Genau so verhält es sich mit der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft.

Es wird dann ausgeführt, die Produktionskosten der Industrie würden so unerträglich gesteigert durch Dawes-Abkommen, Steuern und Löhne. Hierdurch seien auch die Preiserhöhungen bedingt. Notwendiger wäre es dagegen, den Organisations- und Verwaltungsapparat von Industrie und Handel in weitestem Maße von den parasitären Existenzen zu befreien, die heute die „Wirtschaft“ belasten, die Preisdiktatur der Kartelle und Trusts zu beseitigen, um eine Gesundung der Verhältnisse herbeizuführen. Von all dem hat man im Lager der Unternehmer noch nichts wahrgenommen. Hier wäre eine Aufgabe, die des Schweißes der Edlen im Kreise der „Wirtschaft“ würdiger wäre, als das auf die Dauer öde Geschrei über mangelnde Arbeitsleistung und „hohe“ Löhne. Aber diese Frage ist ein Pfälzlein „Nährmichnichten“, außerdem ist es ja auch bequemer, das alte Lied von der Begehrlichkeit der Massen zu singen.

Geradezu aufreizend aber müssen solche Auslassungen aus dem Unternehmerlager im gegenwärtigen Augenblick wirken, wo durch die neue Steuer- und Zollgesetzgebung die Belastung der Lohn- und Gehalts empfänger unträglich wird. In kürzester Zeit sollen die Mietten dem Friedensstand angepasst werden, darüber hinaus ist eine Steigerung auf 140 Proz. geplant. Zwar heißt es gegenwärtig, daß diese weitere Erhöhung vorläufig nicht kommen wird. Aber wir wissen, was von solchen Versicherungen der maßgebenden Stellen zu halten ist. Dazu kommt die gewaltige Verteuerung alles dessen, was zur notwendigsten Lebenshaltung gebraucht wird. Nicht nur Fleisch und Brot wird verteuert, sondern auch Kleidung und Wäsche, kurz alles, was ein Arbeiterhaushalt benötigt. Es ist der großzügig angelegte Raubzug auf die Taschen des schaffenden Volkes, dem damit alle Lasten des verlorenen Krieges aufgebürdet werden sollen. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, gegen die fortgesetzte Senkung des Reallohns entschiedenen Stellung zu nehmen und mit allen Kräften dieses Attentat auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft abzuwehren. Stärker als tarifliche Vereinbarungen, die unter ganz andern Voraussetzungen abgeschlossen wurden, ist die zwingende Notwendigkeit, den Kampf gegen die Aushungerung der Massen zu führen.

Mit der Annahme der Steuer- und Zollgesetze stehen wir am Anfang schwerer Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit der Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse auch die tariflichen Festlegungen im Buchdruckgewerbe eine Anpassung an die veränderten Verhältnisse erfahren müssen.

Berlin-Stealitz.

Georg Pösch.

## Gegen Arbeiterrecht und Arbeiterschutz

Die von den Unternehmerverbänden betriebene Müßelarbeit zur Untergrabung und Beseitigung der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter wird planmäßig fortgesetzt. Dabei wachsen die Ansprüche der Unternehmer. Bescheidenheit war noch nie eine Tugend dieser Herren, sie sind vielmehr stets gewohnt, aufs Ganze zu gehen. Gegenwärtig zeigen sie sich wieder in der vollen Glorie ihrer Arbeiterfeindschaft. Es gehört schon eine gehörige Dosis Dreistigkeit und Unverfrorenheit dazu, die Beseitigung der Arbeiterrechte und des gesetzlichen Arbeiterschutzes in dem Umfange zu fordern, wie es auf der letzten Generalversammlung des deutschen Industrieschutzverbandes geschehen ist. Würden diese Forderungen erfüllt, so bliebe von Arbeiterrechten und Arbeiterschutz wirklich nichts mehr übrig. Die Unternehmer bringen diese Dreistigkeit und Unverfrorenheit auf, wissen sie doch nur zu gut, daß die politische und wirtschaftliche Lage ihren Absichten günstig ist. Ferner können sie bei der Regierung dabei auf weitestgehend entgegenkommene Rechnen, wie deren Haltung gegenüber den industriellen und agrarischen Schutzsozialwünschen beweist. Vorerst sucht man die Arbeiterschaft durch Ausperrungen müde zu machen.

Das von den Unternehmern verfolgte Ziel liegt klar vor Augen. Sie wollen den leider nicht völlig überwundenen Unternehmerabsolutismus wieder aufrichten, die Arbeiter zu rechtlosen Sklaven ihrer Willkür herabdrücken, um sie in völlige Abhängigkeit von sich zu bringen. Um das zu erreichen, muß — wie der Leiter des Industrieschutzverbandes Dr. Grünner erklärte — die neue Arbeitsgesetzgebung beseitigt werden, weil sie den Arbeitgeber an der Erfüllung seiner natürlichen volkswirtschaftlichen Funktion hindert! Um was es sich hierbei im einzelnen handelt, geht aus den Forderungen der Unternehmer hervor: Aufhebung der Tarifverordnungen, soweit sie die Möglichkeit von Zwangsarbeitsverträgen; Beseitigung der Schlichtungsordnung, insbesondere der Bestimmungen über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen; Wegfall der der Verfügungsfreiheit des Arbeitgebers einschränkenden Vorschriften der §§ 84—98 des Betriebsrätegesetzes; Aufhebung der Betriebsstilllegungsverordnung und der Arbeitszeitbeschränkungen. Hinzu kommt noch als besonderer Wunsch der Unternehmer die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge, ohne Ersatz durch eine Arbeitslosenversicherung. Das man außerdem eine wesentliche Verschärfung der Sozialversicherung sehr gern sehen würde, haben die Unternehmerangriffe gegen die angeblich unerträglichen sozialen Lasten deutlich genug wahrnehmen lassen.

Die rücksichtslose Feindschaft des deutschen Unternehmertums gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt ist der Arbeiterschaft nichts Neues. Sie trat zutage, als die Industrie in Deutschland in ihrer ersten Entwicklung stand und nicht minder scharf in der Zeit ihrer höchsten Blüte. Den älteren in der Gewerkschaftsbewegung stehenden Arbeitern ist die Ära Stamm, Bued und Konforten aus den Kämpfen um das Koalitionsrecht sowie gegen die von den Unternehmern zur Unterdrückung der Arbeiter hartnäckig angestrebten Zuchtstrafgesetze noch gut in der Erinnerung. Sie wissen, daß es nicht das Verdienst der Unternehmer war, wenn trotz aller entgegenstehenden Hemmungen der sozialpolitische Fortschritt nicht völlig zum Stillstand gelangte, die antisozialen Absichten der Unternehmer sich nicht verwirklichten. Es ging trotz alledem vorwärts! In unausgesetzten harten Kämpfen haben die Gewerkschaften die Abschlüsse der Unternehmer wie der Regierung gegen die Rechte der Arbeiter abgewehrt und ihre sozialpolitischen Forderungen in erheblichem Umfange zur Anerkennung gebracht.

Der gleiche Kampf muß von der Arbeiterschaft gegen den neuerlichen Ansturm des Unternehmertums auf die sozialpolitischen Errungenschaften des letzten Jahrzehnts geführt werden. Diese Errungenschaften sind von größerer Bedeutung, als gegenwärtig noch von vielen Arbeitern eingeschätzt wird. Sie sind nach verschiedenen Richtungen zweifellos mangelhaft, bilden aber doch eine wertvolle Grundlage, auf der ein weiterer Ausbau des Arbeiterrechts wie des Arbeiterschutzes erfolgen kann und herbeigeführt werden muß. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche Arbeiterschaft in Verkennung dieser Sachlage und unter falscher Einschätzung ihrer Rechte sich den Absichten der Unternehmer gegenüber gleichgültig verhalten und ihnen damit Vorschub leisten wollte. Die Tarifverordnungen, die Schlichtungsordnung, das Betriebsrätegesetz, die Betriebsstilllegungsverordnung sind unvollkommen. Darüber herrscht im allgemeinen bei den Arbeitern wie den Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheit. Deshalb aber darf es doch den Unternehmern nicht gelingen, diese Bestimmungen noch weiter auszuhebeln und vollends wertlos zu machen, wie es von dieser Seite angestrebt wird. Nicht ihr Abbau, sondern ihre Erweiterung und Verbesserung muß das Ziel der Arbeiter sein. Noch sind die Arbeiter von der ihnen verfassungsmäßig zugesicherten Gleichberechtigung mit den Unternehmern weit entfernt. Erst die Anfänge dazu wurden geschaffen, die weiter ausgebaut werden müssen, wenn diese Gleichberechtigung nicht nur bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch bei der Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte der Wirtschaft zu einer vollständigen werden soll.

Aus den gleichen Gründen dürfen die Arbeiter die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, die Durchführung des Achtstundentages sowie die Erwerbslosenfürsorge, an deren Stelle die Arbeitslosenversicherung gesetzt werden muß, nicht preisgeben, weil ihre soziale Lage mit der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieser Errungenschaften auf das engste verbunden ist. Die frühere gesetzliche Regellostigkeit der Arbeitszeit, die nur für die Jugendlichen, Arbeiterinnen und einzelne Be-

rufsgruppen eine Einschränkung erfuhr, darf nicht wiederkehren. Der erwerbslose Arbeiter darf für die Zeit seiner Erwerbslosigkeit nicht schutlos bleiben, wenn seine wirtschaftliche Widerstandskraft nicht vernichtet und den Gewerkschaften die Aufgabe nach Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter ungebeter erschwert werden soll. Unter dem Druck der bestehenden wirtschaftlichen Lage haben die von den Gewerkschaften gegen das Unternehmertum geführten wirtschaftlichen Kämpfe eine außerordentliche Schärfe erreicht. Trotz aller Kämpfe ist es bis jetzt den Arbeitern nicht gelungen, die vor dem Kriege eingenommene Lebenshaltung zu erringen. Gelingen die Pläne der Unternehmer in Erfüllung, dann würden die den Gewerkschaften von den Unternehmern aufgezwungenen Kämpfe noch schärfer, die Stellung der Arbeiter hierbei aber erheblich verschlechtert werden.

Rückständig und kurzfristig wie immer sucht das Unternehmertum seinen auf die Verschlechterung der Lage der Arbeiter gerichteten Willen durchzusetzen, nicht um damit seine vorgeschübte volkswirtschaftliche Funktion, d. h. die Befriedigung des wirtschaftlichen Warenbedarfs durch Steigerung und Verbilligung der Produktion, zu erfüllen, sondern seinen Profit zu erhöhen. Diesem Vorgehen des Unternehmertums hat sich die deutsche Arbeiterschaft in den Gewerkschaften geschlossen entgegenzustellen. Geschieht es, dann werden die reaktionären Absichten des Unternehmertums zunichte werden. M—t.

## Wirtschaftliche Rundschau

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur in den verschiedenen Ländern zeigt in den letzten Wochen weitere Abweichungen von bisheriger Konjunkturverlauf, wodurch die Unterschiede in der Wirtschaftslage der einzelnen Länder noch größer wurden. In den Vereinigten Staaten dauert noch die rückläufige Konjunkturbewegung an. Im Monat Juli ging die Eisen- und Stahlproduktion weiter zurück. Es wurden nur 60 Proz. der Leistungsfähigkeit ausgenutzt, gegen 70 Proz. im Juni. Allerdings wurden Ende Juli des vorigen Jahres nur 40 Proz. der Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Auch mußte die Baumwoll- und Wolllindustrie ihre Produktion einschränken, erstere mit Rücksicht auf die verminderten Baumwollvorräte vor der neuen Ernte. Der Kohlenüberschuß ist weniger die Folge einer verschlechterten Wirtschaftskondition als der Überaktivierung der Kohlenbergwerke. Amerika hat ebenfalls sein Kohlenproblem, wenn auch in einer andern Gestalt als Europa. Die rasch steigenden Gummipreise lassen einen Rückgang der Automobilherzeugung befürchten. Trotz allem kann man von einer Wirtschaftskrise in Amerika nicht im entferntesten reden; dank der starken Konjunktur der Bevölkerung geht der Abzug von Verbrauchsgütern leicht vor sich. Die Bautätigkeit erreichte im Juli einen Rekord, der Umfasse des Einzelhandels blieb ganz auf der Höhe. Allerdings hat man mit Lohnherabsetzungen in der Wolllindustrie begonnen, und die eventuelle Herabminderung der Kaufkraft kann eine Verringerung der Produktion herbeiführen. In England hat sich die Wirtschaftskrise noch weiter verschärft. Die Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion geht weiter zurück, im Juni wurden weitere neun Hochöfen ausgebaut. Selbst die Maschinenindustrie, die sich bisher günstig entwickelte, ging mit Ausnahme der Motor- und Elektrizitätswerke zurück. In der Baumwollindustrie wurde die Kurzarbeit auf 8 1/2 Stunden pro Woche erweitert. Eine Woche lang sollen die Betriebe überhaupt gesperrt werden. Immerhin hat die Baumwollindustrie trotz der Einschränkung der Produktion günstigere Aussichten für die Zukunft. Die Krise des Bergbaues konnte durch staatliche Subventionen für einige Zeit aufgehalten werden, doch kann die Verschiebung des Arbeitskonfliktes an sich keine Lösung des Kohlenproblems bedeuten. Der Kohlenüberschuß Frankreichs bedeutet einen schweren Schlag für die englische Kohlenausfuhr. In Frankreich selbst war die Konjunkturentwicklung im Juli günstig. Die Kohlenproduktion ist weiter im Steigen, dergleichen die Erzeugung von Stahl und Eisen. Auch in der Lage der bisher sehr bedrängten Woll- und Baumwollindustrie ist eine merkliche Besserung eingetreten. Zum großen Teil hängt die Verbesserung der französischen Wirtschaftskondition mit der Entwicklung des Frankenturfes zusammen; dieser blieb zwar in der letzten Zeit beständig, doch wirkt der Valutariidgang der vergangenen Monate sich erst jetzt — vor allem für den Export — aus. Das Einfuhrverbot für deutsche Kohle wurde vielfach als Zeichen einer Industriekrise aufgefaßt. Es ist jedoch nur ein Symptom der Weltkohlenskrise und hängt mit der Konjunktur der übrigen Industrie nicht zusammen. Die Handelsbilanz Frankreichs war in der ersten Hälfte des Jahres sehr günstig, der Ausfuhrüberschuß war selbst bei Berücksichtigung des Valutariidganges erheblich größer als ein Jahr zuvor. Verschlechtert hat sich die Wirtschaftslage Belgiens, zum großen Teil infolge des Metallarbeiterstreiks, der skandinavischen Staaten, wo die Holzexporte, welche den hauptsächlichsten Erwerbszweig während des Sommers darstellte, infolge einer scharfen Preiskonkurrenz des russischen Holzes sehr erschwert wurde, in Holland, wo im allgemeinen eine sehr gute Konjunktur vorherrscht und nur ein saisonmäßiger Rückgang festzustellen ist, in Österreich, wo die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der weiteren Vermehrung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt, in Ungarn, Rumänien, Polen. Allerdings gibt die gute Getreideernte Ausichten für eine baldige Konjunkturverbesserung. Die italienische Konjunktur hat sich ebenfalls etwas verschlechtert, vor allem für die Textilindustrie, deren Produkte infolge der durch die Teuerung zurückgegangenen Konjunktur der Bevölkerung zum Teil im Inland unverkäuflich sind. Der große Einfuhrbedarf an Getreide trägt zur Verschlechterung der wirtschaftlich verhältnismäßig günstigen Verhältnisse bei. Die spanische Getreideernte fällt nach den letzten Schätzungen nicht so günstig aus, wie bisher angenommen wurde. In Argentinien wird

das Getreide, das in früheren Monaten in großen Mengen ausgeführt wurde, nunmehr zurückgehalten. Man rechnet dort mit einer Steigerung der Getreidepreise.

Die Preisentwicklung zeigte seit Anfang Juni im Gegensatz zu der der früheren Monate eine aufsteigende Richtung. Die Großhandelsindexziffern der verschiedenen Länder, die durch die wirtschaftliche Abteilung des Völkerbundes gesammelt werden, zeigen im Gegensatz zum Mai im Juli bereits erhebliche Steigerungen. Gingen die Preise noch im Mai in fast sämtlichen wichtigen Ländern im Durchschnitt zurück — so unter andern auch in der Schweiz, der Tschechoslowakei, Holland, Polen, Spanien, Indien, Japan und Sibirien —, so sind die Indexziffern für Juni, soweit solche veröffentlicht wurden, bereits vielfach höher. Es ist recht auffallend, daß auch in den Vereinigten Staaten der seit Monaten andauernde Preisrückgang zum Stillstand gekommen ist. Dieser Vorgang dürfte sich im Juli weiter fortsetzen. Die Preise für die verschiedenen Rohstoffe und Lebensmittel wurden oft sehr erheblich erhöht. Die rapide Preissteigerung für Gummi ist zwar vor kurzem zum Stillstand gekommen, doch blieben die ungeheuer hohen Preise weiter bestehen. Sehr bemerkenswert ist die erhebliche Steigerung der Preise für Rohöl. Die Kupferpreise waren im Juli seit langen Jahren die höchsten, desgleichen zogen die Preise für andre Metalle, vor allem für Blei, an. Erhebliche Steigerungen ergriffen auch bei der Baumwolle, trotz der guten Ernte in Amerika und auch in Indien. Vielleicht handelt es sich nur um Preissteigerungen für die Übergangszeit. Was die Lebensmittel anbelangt, so zogen die Weltgetreidepreise etwas zurück, desgleichen die des Zuckers. Die Zuckerproduktion des laufenden Jahres war bekanntlich außerordentlich groß. Die Preise für Kaffee zeigen dagegen eine steigende Tendenz. Die Preisentwicklung wirkt sich für die einzelnen Volkswirtschaften nicht gleichmäßig aus. England wird zum Beispiel durch sie am meisten in Mitleidenschaft gezogen, da die Preise für Eisen und Kohle infolge der Absatzschwierigkeiten zurückgehen, während die Preise für Rohstoffe im Steigen begriffen sind.

Die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zeigen infolge der verstärkten Schutzzölle eine weitere Verschärfung. Das verderbliche System der Getreidezölle wird überall Trumpf. Die Tschechoslowakei hat erst kürzlich alte Zölle eingeführt, weshalb sich Polen veranlaßt fühlte, seine Industriezölle zu erhöhen. In Italien hat Mussolini, der sich neuerdings als Getreideprotektor ergebend und anspricht, eine „Getreideblockade“ zu führen, einen Getreidezoll ins Leben gerufen. Deutschland hat inzwischen die Agrarzölle besichert bekommen. Frankreich hat — wie oben bereits erwähnt wurde — die deutsche Kohleneinfuhr verboten. Belgien beabsichtigt, eine 20prozentige Reparationsabgabe auf die Wareneinfuhr aus Deutschland zu erheben, womit weniger die Erlangung von Reparationszahlungen als die Unterbindung der deutschen Ausfuhr bezweckt wird. Der vorläufige deutsch-belgische Handelsvertrag wird durch diese Verfügung in seiner Wirksamkeit erheblich herabgesetzt. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg dauert weiter an und führt zu schweren politischen Folgen. Zwischen Österreich und Ungarn schwebt ein schwerer Zollkonflikt, wobei mitschweren Kampfmaßnahmen gedroht wird. Bei der chinesischen Bewegung gegen die Ausländer spielt die Zollfrage eine große Rolle. In den Randstaaten ist eine Bewegung zur Schaffung einer Zollunion vorhanden, was eine sehr zu begrüßende Entwicklung inmitten des Schutzollwahnsinns der übrigen Welt wäre, wenn sie nicht außenpolitische Zwecke gegen Rußland verfolgen würde, die zu weiteren politischen Verwicklungen führen könnten. So sehen wir die Zollfrage überall als Quelle von wirtschaftlichen Störungen und politischen Konflikten. Der Weltfrieden wird durch diese Entwicklung schwer bedroht. Sicherheitspakt und Garantiepakte können nicht gutgehen, was auf diesem Gebiet gesündigt wird.

Die Kartellierung der Industrie, sowohl die nationale wie die internationale, schreitet weiter fort. Nationale Kartelle entstanden in Polen, wo ein Kohlenkartell zustande kam, und in Frankreich, wo das Eisenkartell für Preisfestsetzung verlängert und außerdem für phosphorhaltiges Roheisen und für Schienen ein Kartell auch für die Aufteilung der Produktion geschaffen wurde. Letztere Kartelle sollen auch das internationale Eisenkartell vorbereiten, dessen Gründung sich in die Länge zieht. Gegenwärtig ist es die französische Schwerindustrie, welche dank ihrer guten Ausfuhrkonjunktur kein Interesse an der Beschleunigung der Verhandlungen hat. Wegen der Schaffung des internationalen Schienenkartells wird jetzt in London verhandelt. Das italienisch-französische Eisenabkommen bedeutet einen Schritt zur internationalen Organisation der Schwerindustrie. Die italienische Schwerindustrie erhält von Frankreich die ihr notwendigen Mengen an Schrot, dem wichtigsten Rohstoff für das eisenarme Italien, wogegen Italien eine bestimmte Menge französischer Eisens jährlich aufnehmen muß. In der Diamantindustrie ist an Stelle des alten ein neues, viel umfangreicheres Kartell unter Mitwirkung der amerikanischen Morgan-Gruppe getreten, die 90 Proz. der Weltproduktion unter ihrer Kontrolle hat. Die internationale Verfrachtung der Säbholindustrie hat unter schwedischer Leitung weitere Fortschritte gemacht.

Die unter so eigenartigen Umständen erfolgte Verabschiedung des Zolltarifs scheint der Wirtschaft durchaus nicht die dringend ersuchte Veruhigung zu bringen. Verschiedene Symptome deuten vielmehr darauf hin, daß wir erst jetzt heftigen wirtschaftspolitischen und sozialen Auseinandersetzungen in Deutschland entgegengehen. In den Kreisen der Großindustrie beginnt man bereits einzusehen, daß das Zusammengehen mit den Großagrariern in der Zollfrage doch für die gesamte Industrie recht unangenehme Folgen haben kann. Allenfalls kündigt sich eine Feuerungswelle größten Ausmaßes an und dementsprechend stehen wir

erst am Vorabend großer sozialer Kämpfe. Die jetzt hier und da aufstrebenden Streiks stehen noch lange nicht unter dem Druck der eigentlich zu erwartenden Teuerung. Die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern werden sich unter der Einwirkung des Zolltarifs in naher Zukunft in unerträglich Weise verschärfen. Große Verluste werden auf beiden Seiten durch Streiks und Aussperrungen entstehen. Die deutsche Wirtschaft ist gerade in ihrer allerhöchsten Krise ohne Notwendigkeit neuen Erschütterungen ausgesetzt worden, die vor allem auch das mühsam aufgebaute Gebäude der neuen Währung sehr leicht ins Wanken bringen können. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die durch den Zolltarif angezielte Erhöhung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung durchaus keine Verbesserung für die allgemeine Volkswirtschaft darstellt. Denn was der Landwirt dank der höheren Getreidepreise mehr kaufen kann, können die andern, vor allem der Mittelstand und die Arbeiter, eben weniger kaufen. Es wird der deutschen Wirtschaft durch die hohen Zölle nicht ein Pfennig mehr zugeführt. Bedinglich die Verteilung des inländischen Produktionsertrages wird zugunsten der Großagrarien und eines kleinen Teiles von Großindustriellen abgeändert. Ein direkter Verlust wird sich unter der Einwirkung der Zolltarifs aber sehr bald in der Handelsbilanz zeigen, da auf Grund des Zolltarifs durchaus keine den deutschen Export befördernden Handelsverträge abgeschlossen werden können. Es ist sehr interessant, daß selbst ein großer Wirtschaftsverband, wie der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, sich gegen die Zollpolitik der Regierung wendet. Er verweist in seinem Julibericht auf die Belastung des Zolltarifs mit den Agrarzölle und stellt fest, daß die Erwartung eines leichteren Abschlusses eines vernünftigen Handelsprovisatoriums mit Frankreich im Anschluß an das private Abkommen zwischen der deutschen und der französischen Eisenindustrie sich als trügerisch erwiesen hat. Die Verhandlungen mit Polen hätten anstatt zu einem Handelsvertrage zu einem Zollkrieg geführt und schließlich sei sogar das Handelsabkommen mit Spanien trotz der größten Bemühungen auch der Maschinenindustrie rückwärts geschoben worden, obgleich von allen Seiten anerkannt wurde, daß der Zeitpunkt außerordentlich ungünstig war. Diese Kritik zeigt, daß selbst Verbände, in denen auch die Schwerindustrie noch einen gewissen Einfluß hat, mit der Zoll- und Handelspolitik unzufrieden geworden sind. Die völlige Ernüchterung wird aber erst kommen, wenn die Zölle in vollem Umfang zu wirken beginnen. Dann wird die Lage eines großen Teiles der verarbeitenden Industrien und vor allem auch des Handwerks, das man bei der Vorbereitung der wirtschaftspolitischen Gesetze ganz ignorierte, sich voraussichtlich noch weiter stark verschlechtern.

Wob.

## Aus dem Genossenschaftsleben

### Die Überorganisation der Wirtschaft

Bildete im Anschluß an die Zolltarifverhandlungen das Hauptthema der Tagespresse, deren Handelsteil überfüllt war von statistischen Nachweisen darüber, wie sehr der Handel zugenommen habe. Dabei kamen aber auch Werturteile zustande, die leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnten, weshalb ihnen zunächst eine Bemerkung gewidmet werden muß. Wenn beispielsweise auf Grund statistischer Nachweise die zusammenfassende Bemerkung fällt, daß „hiernach der Handel viel weniger überorganisiert ist als die Industrie“, so leitet dieselbe zu dem Werturteil, als ob der Handel im großen und ganzen eine normale Entwicklung gezeigt habe, d. h. daß er sich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zur Kaufkraft der Bevölkerung nicht stärker entwickelt hätte als in Vorkriegszeiten.

Daß hiervon das Gegenteil richtig ist, braucht kaum nachgewiesen zu werden. Denn wenn schon Reichsanwalt, Minister und Bürger- und Oberbürgermeister einer Reihe von Städten wegen der Überfüllung des Handels öffentlich in Klagen ausbrechen und darauf hinweisen, daß bei gesunkener Kaufkraft der Bevölkerung der Handel um 25–30 Proz. mehr als die Bevölkerung gewachsen sei, so kann dies zum Beweis der Tatsache genügen. Auch wenn man nicht davon ausgehen will, daß das Steigen der Warenpreise weniger eine Frage der Zölle als eine Übersetzung des Handels sei. Beides dürfte richtig sein und im Zusammenwirken die wirtschaftliche Lage der Verbraucher-massen ganz außerordentlich verschlechtern.

Während man aber nun den Zöllen auch im politischen Kampfe gegenüber treten kann — und die nächsten Reichstagswahlen werden sicherlich wie im Jahre 1903 eine deutliche Quittung der Wählerschaft für den neuen Zolltarif ausstellen —, ist gegenüber der Übersetzung im Handel das Mittel der genossenschaftlich organisierten Wirtschaftlichen Einzelhandel — die Preise zu diktieren in der Lage ist.

Man organisiert sich wirtschaftlich im Konsumverein. Ja. Aber man tut fast so gut wie gar nichts, um den Zweck dieser wirtschaftlichen Organisation zu erreichen: die genossenschaftliche Warenverteilung so auszubauen und zu steigern, daß sie konkurrenzlos zwar nicht dem Verbraucher, aber dem Privathandel — Großhändler — wie Einzelhandel — die Preise zu diktieren in der Lage ist.

Ein entscheidender Faktor der Warenpreisbildung auf diesem Wege kann glatt ausgemerzt werden, noch bevor die genossenschaftliche Warenversorgung an die Quelle der Güterproduktion unmittelbar herangekommen ist.

Das die Vermehrung und Überhebung des Privathandels ein entscheidender Faktor der Warenpreisbildung ist, liegt auf der Hand. In Berlin hat sich die Zahl der Handelsfirmen im letzten Jahrzehnt von 31 600 auf rund 60 000 erhöht, also nahezu verdoppelt. Und im ganzen Reich ist die Zahl der Gesellschaften im „Handelsgewerbe“ von 10 244 im Jahre 1913 auf 38 451 im Jahre 1923 also um 266 Proz. gestiegen. Und wenn, wie in Berlin, Lübeck, Hamburg, Dresden, Leipzig, München usw., im Jahre 1914 auf eine Handelsfirma rund 106 Einwohner kamen und im Jahre 1925 nur noch etwa 65—70, so weiß man, wer die Kosten dieser unrationellen privatwirtschaftlichen Warenversorgung zu tragen hat. Die Verbraucher in höheren Warenpreisen, denn leben wollen auch die neu hinzugekommenen Händler. Und da Industrie und Landwirtschaft die „Klinke der Preisgestaltung“ mit den Produktionsmitteln in der Hand haben, so werden eben auch hier die Kosten von den Kunden gebissen. Also die Verbraucher.

Aber nicht nur im Handel, auch im Gewerbe gibt es nach einer berühmten gemordenen „Königsberger Rede“ des Reichsernährungsministers v. Kanitz, „in der Tat zu viele Zwischeninstanzen, zu viele Bäder und Metzger, zu viele Getreidehändler, Viehhändler, Geldhändler. In allen Gebieten des Güterumsatzes ist es daselbe Bild. Eine förmliche Drohnenwirtschaft — ich spreche von den Auswüchsen, nicht von den gesunden Organen der Wirtschaft — hat sich im Haushalt unsres Volkes eingestellt. ... Wie ein Keil steckt dieses Gebilde zwischen dem Erzeuger und Verbraucher; es beengt auf der einen Seite durch Niederhaltung der Erzeugerpreise den Spielraum für die Produktion, verteuert auf der andern Seite die Waren für den Verbraucher. ...“

Dies braucht natürlich nicht unter allen Umständen so zu sein; es könnte in Gegenteil ganz anders sein. Und man kann ja die Hoffnung haben, daß unter dem Zwang wirtschaftlicher Nöte die Einsicht in die gegebenen Notwendigkeiten des täglichen Lebens viel rascher wächst, als durch die theoretische Darbietung praktischer Beispiele aus dem Wirtschaftsleben der Genossenschaften. Darüber braucht man auch im Unterbewußtsein keine Schabenfreude zu empfinden; noch nicht einmal erklärliche Vertriebnisse. Denn es ist leider nur die Feststellung einer durch die Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten erhärteten Tatsache, daß die Not der beste Lehrmeister ist.

Der Reorganisation der Wirtschaft, d. h. der Privatwirtschaft in Industrie und Handel, ist ganz einfach die genossenschaftliche Organisation der Verbraucher gegenüberzustellen, welche bestimmt in der Lage ist, willkürliche Preissteigerungen zu verhindern; denn wenn es auf die „Rationalisierung“ der Wirtschaftsunternehmungen ankommt, d. h. auf Vereinfachung, so haben die Konsumgenossenschaften in diesem Betracht ein geradezu glänzendes Beispiel und Gegenstück zu der Entwicklung in der Privatwirtschaft geliefert, bezug doch beispielsweise die Zahl der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg angeschlossenen Verbraucherorganisationen im Jahre 1924 mit 1163 kaum etwas mehr als im Jahre 1914 mit 1109 Genossenschaften. Dagegen ist die Mitgliederzahl in diesem Zeitraum von 1 717 519 Familien auf 3 505 180 gewachsen. Woraus hervorgeht: 1. daß die Zahl der Konsumgenossenschaften im Gegensatz zu der starken Vermehrung und Überhebung im Handel fast gleich geblieben ist bei gleichzeitiger Verdoppelung der Abnehmerzahl; 2. daß hierdurch eine wesentliche Vereinfachung des Verteilungsapparats, wiederum im Gegensatz zum Handel, erzielt wurde; 3. daß der Kundenzirkel des Privathandels bei beträchtlicher Vermehrung der Betriebe im Gegensatz zu den Konsumgenossenschaften noch eine bedeutende Einsparung erfährt.

Es handelt sich also wirklich nur darum, das organisatorisch auf der Höhe stehende Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe richtig auszunutzen, um willkürlichen, oder durch unrationelle Vermehrung des Privathandels herbeigeführten Warenpreissteigerungen vorzubeugen, d. h. preisregulieren zu wirken. Darüber hinaus aber im Laufe dieser Entwicklung selbst Preisensenkungen herbeizuführen, die ohne die Konsumvereine zu erzwingen, die Verbrauchermassen ganz einfach ohnmächtig sind.

Was weiter damit verknüpft ist, mühten insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten wissen, denen oft genug eine neunundneunzigmal begründete und schließlich erzielte Lohn- und Gehaltserhöhung durch ein einfaches, ein mal alles Anzeichen der Warenpreise in ihrer Wirkung glatt aus der Tasche genommen wird. In des Wortes verwegener Bedeutung. Wogegen die Konsumgenossenschaften durch die volkswirtschaftlich und organisatorisch dem Privathandel überlegene Art ihrer Warenverteilung das Realeinkommen garantieren können. Dies dürfte an sich schon Grund genug sein, vor allem die gewerkschaftlich organisierten Verbrauchermassen bis zur letzten Familie, aber auch als Einzelpersonen in die Konsumvereine zu treiben und mit eiserner Konsequenz darauf zu halten, daß deren Verteilungsapparat keinen Verlaufs im Umkehr mehr zeigt, sondern ausgebaut wird zu einem volkswirtschaftlichen Organ ersten Ranges.

Kommt noch die Zwangsläufigkeit des neuen Zolltarifs hinzu mit der drohenden Verschlechterung der schon schlechten Lebenshaltung der Massen, dann mühte mit elementarer Wucht vorab bei den arbeitenden Massen die Marx'sche These zu praktischer Geltung wenigstens auf diesem Gebiete gelangen: daß die ökonomische Emanzipation der großen Endwache der sozialistischen Arbeiterbewegung bilden muß.

## Korrespondenzen

**Anwelter bei Landau (Pfalz).** Bei der hiesigen Firma Hans Hubners Raschler, Inhaber Fridolin Denker, haben die Verbandsmitglieder wegen großer Verstöße gegen den Tarif gekündigt. Bei Konditionsangeboten dieser Firma sind unbedingt Ermäßigungen beim Gauvorstand in Mannheim einzuholen. Zuwiderhandelnde haben die sühnsgemäßen Folgen zu tragen.

**Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.)** In der Versammlung am 9. August wies der Vorsitzende in seinen „Vereinsmitteilungen“ u. a. darauf hin, daß sich die Konjunktur in den letzten Wochen ungünstig gestaltet habe. Ein Mangel an Maschinenwerkern sei nicht mehr vorhanden. Trotzdem habe der Verein Berliner Buchdruckermeister seit Anfang August wieder Abendkurse in der Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik eingerichtet. In der Debatte wurde von allen Rednern verlangt, daß dieser Kurs einzustellen ist, weil die Voraussetzungen dazu nicht mehr gegeben seien. Eine Entschließung, die sich mit aller Schärfe gegen diese Abendkurse ausspricht und in der der Gauvorstand aufgefordert wird, gegen die Bestrebungen der Unternehmer vorzugehen, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde ein Antrag einstimmig angenommen, wonach der Vorstand beauftragt wird, beim Gau vorstellig zu werden, um angesichts der fortschreitenden erheblichen Teuerung sofortige Kündigung des Lohnabkommens herbeizuführen bzw. neue Verhandlungen einzuleiten. Nachdem der Vorstand des Festausschusses zu der am 18. Oktober stattfindenden Gründungsfeier einige Ausführungen gemacht hatte, hielt Herr Dr. Weyer einen Vortrag über den von ihm neu eingeführten Denksport. Er führte u. a. aus, daß die Menschen allerlei körperlichen Sport betreiben. Der Verstand, der die beste Waffe im Kampf ums Dasein sei, müsse gleichfalls gekübelt werden, indem man die Menschen zum Denken und Beobachten zu erziehen versuche. Die interessantesten Beispiele, die Redner gab, fehlten die Zuhörer ungemein. Zur Aufnahme meldeten sich 58 Kollegen. — Nächste Versammlung am 4. Oktober. Am 13. September findet eine Vertrauensmännerversammlung statt.

**Berlin.** Ermöglicht durch eine finanzielle Beihilfe der Geschäftsleitung unternahm das Personal der Zeitschriften-, Wert- und Adressendruckerei Theodor Abb am 1. August einen Motorbootausflug nach dem Wersee. Die mit Angehörigen erschienenen Kollegen und Kolleginnen wurden in flotter Fahrt an den im Sommerhimmel prangenden Ufern über den Müggelsee und durch die herrliche Pflanzung dem Ziele geführt. Der Tag verging mit Spielen und Preislaufen am waldbigen Seeufer. Nachdem die untergehende Sonne auf dem See ein zauberlich-schönes Bild gemalt, wurde das Lokal aufgesucht, wo die Zeit bei Tanz, Belustigung und anderer Unterhaltung leider viel zu schnell verrann. Eine mehrseitige Zeitung erregte viel Heiterkeit. Die Heimfahrt gestaltete sich zu einer reisenden Monatscheinpartie.

**K. Bingen. Der Bezirksverein Mainz** hielt am 9. August hier eine Bezirksversammlung ab, um auch den Provinzkollegen einmal Rechnung zu tragen. Hat doch eine solche Versammlung den Zweck, das gewerkschaftliche Solidaritätsgefühl zu stärken und zu festigen, die Kollegialität zu heben und zu fördern. Der Versammlung, die gut besucht war, wohnten Vertreter des Ortsausschusses des DGB und die Vertreter der Binger bei. Der Ortsverein von Oberstein-Var sandte ein Begrüßungstelegramm. Nachdem Kollege Wertz die Versammlung eröffnet und alle Erschienenen auf das herzlichste begrüßt hatte, erklärte er, daß die heutige Versammlung ein kleiner Ersatz für das ausgefallene Johannisfest sei, weshalb auch die Damen der Mitglieder eingeladen wurden. Er gedachte in kurzer Ansprache des Erfinders unserer Kunst und feierte sein Andenken. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Das Gesangsquartett „Gutenberg“ sang zur Feier des Tages einen Chor. Auch die Arbeiterjäger von Bingen trugen zum guten Gelingen bei. Belben Vereinen wurde reichlich Beifall zuteil. Hierauf begrüßte Kollege Blaschke (Bingen) die Versammlung im Namen des Ortsvereins. Der Vorsitzende des Ortsrats Bingen, Kollege Wabke, gab seiner Freude Ausdruck, daß in Bingen eine große Versammlung stattfindet, wo dies sehr selten der Fall sei. Nach Erledigung des Punktes 1 der Tagesordnung, „Geschäftliches“, erhielt der Referent, Redakteur Kollege Liebschütz, das Wort zu seinem Thema: „Wandlungen der Gewerkschaften“. Reicher und anhaltender Beifall lohnte die vorzüglichen Ausführungen des Redners. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Nach kurzer Erledigung des Punktes 3 der Tagesordnung fand die Versammlung ihren Abschluß. Nachmittags fand ein gemeinschaftlicher Spaziergang auf den Hochberg und nach Bilsheim statt. Gegen Abend ging es per Dampfer wieder nach Mainz, mit dem Gefühl, wieder einen recht gewerkschaftlichen und kollegialen Tag verlebt zu haben.

**Brieg. (Bierteltjahrsbericht.)** In der Versammlung am 18. April hielten sich vier Kollegen zur Aufnahme gemeldet. Den Kassenbericht über das erste Quartal 1925 gab Kollege Schaus; es wurde ihm für die gute Kassenführung Entlastung erteilt. — Ein Himmelfahrtsausflug fand nach Ohlau statt. — In der Versammlung vom 6. Juni machte uns Vorsitzender Spielwol mit der Lehrplangordnung bekannt, die hoffentlich bald in Kraft tritt. Eine kurze Aussprache fand darüber statt. Für die am hiesigen Ort im Lohnkampf befindlichen Gewerkschaften wurde ein Betrag von 100 M. durch freiwillige Zeichnung aufgebracht. Das Johannisfest fand am 28. Juni in Michelwitz statt.

**Halberstadt.** In der Versammlung am 8. August nahm zunächst den Kassenbericht vom zweiten Vierteljahr entgegen. Der Kassenbestand ist ein guter. Anschließend berichtete der Lehrplangleiter Kollege Niemann über den Jungbuchdruckertag in Leipzig. Fast alle Lehrlinge

gehören der Lehrlingsabteilung an. Die Zusammenkünfte finden jeden ersten und dritten Montag im Monat in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Zimmer des Marie-Hauptmann-Stifts statt. In diesem Saal können die Kollegen Zietlow und Lüttke auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken. Aus diesem Grunde soll am 12. September im Gewerkschaftshaus ein gemütlicher Abend veranstaltet werden. Zum Schluss wurde über die enorme Preissteigerung geklagt. Die neuen Steuern und Zölle, insbesondere die Hauszinssteuer, werden das Existenzminimum noch weiter herunterdrücken. Die Mitglieder haben zum Verbandsvorstand das Vertrauen, daß er zu geeigneter Zeit seine Pflicht erfüllen wird. Mit dem Hinweis des Vorsitzenden auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ein Zusammenstehen der gesamten Arbeiterschaft erforderlich machen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Wandau (Hias).** Die am 19. Juli abgehaltene Bezirksversammlung hatte diesmal einen besseren Besuch aufzuweisen, als es sonst üblich war. Das Protokoll der letzten Bezirksversammlung und der Kassenbericht wurden unbeanstandet entgegengenommen. Auch wurde ein Kollege wieder aufgenommen. Sodann schilderte der Vorsitzende die tarifliche Lage im Bezirk. Besondere Erwähnung fand die Firma Züst in Kandel. Diese Firma will sich absolut nicht dazu bequemen, den tariflichen Lohn zu bezahlen, sondern nur den Buchbindertarif. Ein anderer Prinzipal namens Obesode bot einem neuangelernten Gehilfen einen Wochenlohn von sage und schreibe 10 Reichsmark an. Die Firma Denker in Annweiler will einen Schlosser an der Sebmashine ausbilden lassen. Es wird dafür gefordert, daß die Firmeninhaber sich noch an tarifliche Ordnung gewöhnen. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schritt man im Anschluß an die Versammlung zur Erhängung von 17 Verbandsjubilaren, die über 25 Jahre der Organisation angehörten. Folgende Kollegen kamen hierbei in Betracht: Anton Sauer, Friedrich Schran, Joseph Thor, Johannes Stenger, Karl Belm, Anton Peter, August Johann, Friedrich Albert Geisel, Hermann Fleischhauer, Heinrich Schödlbauer, Franz Herdeg, Jakob Bayer, Erik Unterberger, Eugen Gae, Max Brand, Georg Knoll, Heinrich Pfeiffer. Hierbei hielt Kollege Ulrich (Neustadt) eine der Feier angepaßte Ansprache, die ihm reichen Beifall eintrug. Musik und Gesangsvorträge verschönten die Feier, die einen würdigen Verlauf nahm.

**Leipzig.** (Vertreterkonferenz der mitteldeutschen Buchdrucker- und Gesangsvereine.) Auf Einladung des Gesangsvereins „Gutenberg“ (Leipzig) fand hier am 26. Juli eine Zusammenkunft von Vertretern der mitteldeutschen Buchdrucker- und Gesangsvereine statt. Vertreten waren folgende Orte: Erfurt, Altenburg, Dresden, Köthen, Kassel, Naumburg a. d. S., Magdeburg, Halle a. d. S., Wittenberg, Chemnitz, Dessau, Gera, Mühlhausen i. Thür., Gräfenbainichen, Aßcherleben und Leipzig. Potsdam hatte sich brieflich entschuldigt. Nicht vertreten waren: Jena, Eisleben, Röthen. Der Leipziger „Gutenberg“ leitete die Konferenz durch den Vortrag zweier Chöre stimmungsreich ein. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Berichte der einzelnen Vereine; 2. Aussprache über Abhaltung eines mitteldeutschen Buchdruckerfängerfestes 1926; 3. Verschiedenes. Unter Punkt 1 wurden von den einzelnen Vertretern der Vereine interessante Situationsberichte gegeben, aus denen zum großen Teil hervorging, daß die Kollegenschaft ihren Berufsangehörigen nicht immer das Verständnis und die Unterstützung erweist, die wünschenswert und notwendig wären. In letzter Zeit ist an verschiedenen Orten jedoch Besserung in dieser Beziehung zu verzeichnen, und verschiedene Vereine sind nach mehrjähriger Unterbrechung wieder zu neuem Leben erwacht. Aus den Ausführungen ging hervor, daß alle mitteldeutschen Kollegenvereine bis auf drei dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angeschlossen sind. Unter Punkt 2 entspann sich eine ziemlich umfangreiche Debatte über den Zeitpunkt des nächstjährigen mitteldeutschen Buchdruckerfängerfestes. Nachdem von verschiedenen Rednern Pfingsten als unmöglich bezeichnet worden war wegen Stattfindens eines mitteldeutschen Sängertages des Arbeiter-Sängerbundes, einigte man sich schließlich in der Frage des Termins einmütig auf Ostern 1926, da letzten Endes doch nur die Hauptfeier in Frage kommen können. Betreffs des Ortes wurde von einem Chemnitzer Vertreter Jena in Vorschlag gebracht, welcher Vorschlag allseitiger Zustimmung begegnete. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Vorschlages in der bestimmten Erwartung, daß Jena, obwohl es nicht vertreten war, annehmen wird. In zweiter Linie kommt Leipzig als Festort in Betracht. Des weiteren wurde die finanzielle Frage gründlich erörtert und der Beschluß gefaßt, einen Festbeitrag von 2 M. in verschiedenen Raten (Markensystem) zu erheben. Nach einer Mittagspause, während welcher die Delegierten Gelassenheit hielten, das Leipziger „Volkshaus“ zu besichtigen, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Dem Leipziger „Gutenberg“ wurde der Auftrag erteilt, eine Sängertagskommission zur Vorbereitung der Arbeiten zum Sängertag zu ernennen, die alles Weitere regeln wird. Unter Punkt 3, „Verschiedenes“, wurden noch einige Fragen erörtert und speziell das Verhältnis zum Arbeiter-Sängerbund eingehend erörtert. Die einhellige Meinung der Konferenz ging dahin, daß die Zurückweisung einiger Buchdrucker- und Gesangsvereine (Gera und Wittenberg) von der Aufnahme im Arbeiter-Sängerbund nicht gerechtfertigt sei. Die für die Nichtaufnahme ins Feld geführten Gründe sind unhaltbar und nicht im Interesse der Arbeiter-Sängerschaft gelegen. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn der Hauptvorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes Veranlassung nehmen würde, die für die Abweisung geltend gemachten Gründe einer Nachprüfung zu unterziehen. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Seid Gutenbergs“ fand die harmonisch verlaufene Konferenz ihren Abschluß. Nun ist es an den einzelnen Vereinen, dem Buchdruckerfängerfest 1926 das nötige Interesse entgegenzubringen, damit es sich würdig den früheren mitteldeutschen Buchdruckerfängerfesten anreicht.

**Nürnberg.** Die am 28. Juli abgehaltene Versammlung war besser besucht, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß wir einen Besucher im Verbandsvorstand, den Kollegen Fiedler, als Referenten in unserer Mitte begrüßen konnten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, Erstattung des Kassenberichts über das zweite Quartal und dem einstimmig erfolgten Ausschluß des einzigen Restanten der Mitgliedschaft, erhielt der Kollege Fiedler das Wort zu seinem Thema: „Gewerkschaftliche Zeitfragen“. Er entledigte sich seines Auftrages in musterghültiger Weise, dabei auf alle organisatorischen Fragen der Vergangenheit und der Gegenwart eingehend. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhafteste Zustimmung. In der eingehenden regen Diskussion, an der sich verschiedene Kollegen wiederholt beteiligten, wurde besonders auf die Lohn- und Spartenfrage eingegangen. In der Lohnfrage brachten alle Redner zum Ausdruck, daß durch den Steuer- und Zollwucher die Befastigung der arbeitenden Klasse untragbar wird und daß es ausgeschlossen ist, daß die derzeitige Lohnregelung bis Ende des Jahres aufrechterhalten werden kann. Die einstimmige Annahme einer dementsprechenden Entschickung an den Verbandsvorstand, in der alle Wünsche der Mitgliedschaft Nürnberg niedergelegt sind, stellte den Ausklang der ganzen Diskussion dar. In seinem Schlusswort ging Kollege Fiedler auf sämtliche Diskussionsredner ein und stellte dabei noch manches richtig. Namens der Versammlung erstattete der Vorsitzende dem Referenten den Dank für seine trefflichen Ausführungen. Mit einem warmen Appell des Kollegen Bauer, das Gehörte hinauszutragen, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

## Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jähriges Verbandsjubiläum)

Korrektor Heinrich Fürstena u, geboren in Bochum. Bekige Kondition: „Märkischer Sprecher“ in Bochum.  
Albert Arnold in Berlin, seit Februar d. J. Invalide. Bekte Kondition: Paul Lehsten in Charlottenburg.

## Allgemeine Rundschau

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Düsseldorf legte Kollege Joseph Druen aus Gieselerkirchen die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

**Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe.** Die Arbeitslosenzählung in unserm Verbands im Monat Juli erstreckte sich auf 200 Zahlstellen. 36 davon mit 7054 Mitgliedern sandten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 75 000. An Arbeitslosen wurden gezählt 790 (gegen 510 im Juni), Kurzarbeiter waren im Berichtsmonat nicht vorhanden.

**Konflikt in Regenz.** Einer Mitteilung des Vorstandes des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter zufolge ist in der Borsarberger Buchdrucker-Gesellschaft in Regenz ein Konflikt ausgebrochen. Das Personal befindet sich im Ausstand. Zugang dorthin ist unbedingt fernzuhalten.

**Zur Leipziger Herbstmesse.** Die in der Akademie für Buchgewerbe und graphische Künste (Wächterstraße) untergebrachte Reklamemesse wird diesmal einen bedeutend größeren Umfang annehmen als es bisher der Fall war. Neben der Darstellung von Reklameangeboten wird sie Wert auf die Unterrichtung der Besucher über Reklamearten und Reklamemöglichkeiten legen. Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes Deutscher Reklamefachleute als Mitveranstalterin der Reklamemesse hat mit dem Besitzer einer der größten Privatsammlungen auf dem Gebiete praktischer Reklame ein Abkommen derart getroffen, daß auf den Leipziger Messen diese Sammlung allmählich als Anschauungsmaterial für Reklamefragen ausgestellt wird, und zwar mit Erläuterungen, die jeweils die Eigenart und die praktische Anwendung im Einzelfalle behandeln. Daneben wird Wert darauf gelegt, durch graphische Darstellungen den Besuchern einen Begriff von der Bedeutung und der Ausdehnung der Reklame in Deutschland und der modernen Wirtschaft zu geben.

**Internationaler Reklamekongress in London.** In London fand ein internationaler Kongress statt, der der erste seiner Art sein dürfte. Es handelte sich um eine Zusammenkunft der führenden Reklamefachleute aller Länder. Die Delegierten waren von den einschlägigen Organisationen benannt und vertraten alle Gebiete der modernen Reklame. Besonders zahlreich waren die Angehörigen des Inzeratentages vertreten, aber auch Vertreter der Plakat- und sonstigen Verlehrsreklame, ferner Industrielle und Kaufleute sämtlicher Branchen sowie zahlreiche Künstler, Schriftsteller und Politiker waren erschienen.

**Die Comenius-Bücherei in Leipzig.** Diese von Leipziger Lehrern gegründete Bücherei verlor im vergangenen Jahre etwa 20 000 Bände, von denen drei Viertel im Postverhand nach auswärts gingen. Neu eingekauft wurden rund 6000 Bände, wodurch die Gesamtzahl der Bücher auf fast 207 000 Bände stieg. Die Bücherei wird hauptsächlich von Lehrern benutzt, doch können auch Nichtlehrer, die erziehungswissenschaftliche Werke zu lesen wünschen, sich der Fördererschaft anschließen. Die Zahl der Förderer ging leider im vorigen Jahr von 4000 auf 2000 zurück, trotzdem der Jahresmindestbeitrag nur 3 M. beträgt.

**Schlagwörterprüfung.** Im Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter fanden wir unlängst folgende beachtenswerte Zeilen: „Eine arge Verwüstung innerhalb der organisierten Arbeiterschaft haben die Schlagwörter angerichtet. In unserer schmerzlichen Zeit ist es zur Regel geworden, Darstellungen, Bezeichnungen oder Auffassungen in die kürzeste Ausdrucksform zu kleiden. Von dieser Form des Ausdrucks wird

nun ausgiebig Gebrauch gemacht, aber wie? Es wäre angebracht, nach Verlauf einer stürmischen Versammlung, wo der Geist noch rege ist — bei manchen ist er nicht rege gewesen, sondern der Mund —, nachzudenken über die Schlagwörter, die gefallen sind, und deren Aussprache. Kann man nicht beobachten, daß fast immer ein und derselbe Redner zu ganz verschiedenen Themen immer wieder dieselben Schlagwörter bringt? Ist das nicht ein Zeichen geistiger Armut, und sind die, die Beifall spenden, nicht auch geistig arm? Was ist zu tun? Wir müssen die wirtschaftlichen und politischen Triebkräfte erkennen, die uns beherrschen, und müssen auf Grund der gewonnenen Erkenntnis unser Denken und Handeln einstellen. Mit Schlagwörtern wird keine Weltgeschichte gemacht. Wer nicht denken kann, soll es denen überlassen, die es können und tun. Den Denkrä. n ist es bequemer, Vorwürfe zu machen, als mitzudenken. Nur dieser Umstand ist es, der unsre Versammlungen auf ein so tiefes Niveau herabdrückt. Unsr. Versammlungen soll aber der Geist beherrschen und nicht die Lunge!

**Kommunistische Wühlarbeit zum Gewerkschaftskongreß.** Vom Vorstand des ADGB wurde im „Vorwärts“ folgende Warnung erlassen: „Auf Betreiben der KPD. wird zurzeit in verschiedenen größeren Betrieben versucht, besondere Delegationen wählen zu lassen, damit diese zur Tagung des Gewerkschaftskongresses nach Breslau reisen, um dort die kommunistischen Gewerkschaftspropaganda wirksam zu vertreten. Dieses Beginnen zeigt wieder die von jener Seite gewöhnliche Verantwortungslässigkeit. Der Gewerkschaftskongreß ist keine agitatorische Schauveranstaltung nach Art der kommunistischen Parteiveranstaltungen, sondern hat die Aufgabe, in erster Arbeit nützlich die Mittel und Wege zu prüfen, die zur Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft die geeignetsten sind. Die Bundesversammlungen regeln das Vertretungsrecht der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter, und der Kongreß kann sich gar nicht auf Verhandlungen mit solchen Delegationen einlassen. Er muß auch zur Förderung seiner eignen Aufgaben darauf verzichten und kann es um so leichter tun, weil die Gewerkschaften durch ihre Delegierten aus dem ganzen Reiche vertreten sind. Die Entsendung von Betriebsdelegationen wäre deshalb eine ganz überflüssige Zeit- und Geldvergeubung, vor der zu warnen wir uns verpflichtet fühlen.“

**Ablehnung des Schiedsgerichts für das Baugewerbe.** Wie zu erwarten war, ist von den Bauarbeitern der Schiedsgerichtsbescheid in der Arbeitsmündung mit einer gewaltigen Mehrheit abgelehnt worden. In Leipzig z. B. waren 4850 Stimmen für Ablehnung und nur 100 Stimmen für Annahme. Ähnlich war das Abstimmungsverhältnis in andern Städten. Auch der Beirat des Baugewerksbundes, der am 18. August in Berlin zusammentrat, stellte sich auf den Standpunkt, daß der Schiedsgerichtsbescheid unannehmbar sei. Weiter befaßte sich der Beirat mit den Maßnahmen, die nunmehr notwendig werden. Die getroffenen Maßnahmen werden es den Bauarbeitern ermöglichen, auch der durch die Unternehmerorganisation angelegenen Aussperrung im Baugewerbe zu widerstehen. Der Vorstand des ADGB wird, sobald die Aussperrung im Baugewerbe erfolgt ist, den Beschluß des Bundesausschusses vom 12. August verwirklichen, der u. a. besagt: „Sollten die der Bauarbeiterschaft aufzuzugewenenden Kämpfe von den dem ADGB angeschlossenen Bauarbeiterverbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB bereit, zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter nach bester Möglichkeit beizutragen.“ Danach können die Bauarbeiter der vollen Sympathie der übrigen Arbeiterschaft versichert sein.

**Volkseinkommen und Kaufkraft.** In ihrem neuesten Monatsbericht macht die Dresdner Bank folgende beachtenswerte Ausführungen über die Ursachen der sinkenden Kaufkraft der inländischen Bevölkerung: „Es kann, was das Gesamteinkommen des deutschen Volkes betrifft, nach den Angaben der Reichsregierung unter Zugrundelegung der Steuerertragnisse ein Gesamteinkommen von 44 Milliarden angenommen werden und auf den Vorkriegswert reduziert von etwa 33 Milliarden. Das deutsche Volkseinkommen vor dem Kriege betrug nach damaligen Schätzungen etwa 42 Milliarden. Berücksichtigt man den Gebietsverlust mit etwa 10 Proz., so kann man sagen, daß das gesamte Einkommen des deutschen Volkes augenblicklich etwa 80 Proz. des Vorkriegseinkommens beträgt, allerdings ohne Rücksicht auf die Steuerbelastung, über die später gesprochen werden soll, und die für die weitere Kapitalbildung so bedeutsame Verteilung zwischen den einzelnen Einkommenskategorien. Innerhalb des Gesamteinkommens ist der prozentuale Anteil der Gehalts- und Lohnempfänger gegenüber 1913 größer geworden und, als Ganzes betrachtet, wohl das Vorkriegseinkommen dieser Gruppe erreicht. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Bevölkerung sich gegenüber 1913 vermehrt und die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Zuwanderung von Personen, die früher andern ökonomischen Kreisen angehörten, erheblich zugenommen hat. So ergibt sich also, trotz der gegenüber der Vorkriegszeit gleichen Höhe des für den Massenkonsum wesentlichen Volkseinkommens eine geringere Kaufkraft bei dem einzelnen, die natürlich ihre Auswirkungen auch auf die Schichtung der Nachfrage und damit auf den Absatz der einzelnen Produkte zeitigt. Insbesondere ist als Folge der Verringerung des Volkseinkommens gegenüber 1913 und der Neuichtung zwischen den Einkommenskategorien folgendes festzustellen: 1. Bei dem geringen Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte bleibt, nach Befriedigung des notwendigen Lebensbedarfs, nur ein verhältnismäßig geringerer Teil zu Ersparnis auszuweisen übrig. 2. Da in erster Reihe die Lebensnotwendigen Produkte beschafft werden müssen, bleibt für die Nachfrage nach andern Konsumgütern — außer Nahrung und Kleidung — nur ein geringerer Bruchteil übrig. 3. Die Verschiebung des prozentualen Verhältnisses zwischen dem Arbeits- und Kapitaleinkommen hat neben der Verringerung des Luxuskonsums vor allem einen Rückgang in der

Kapitalakkumulation und damit einen Rückgang von Betriebskapital und Beschäftigungsmöglichkeit innerhalb der für die Produktion unmittelbar arbeitenden Industrien zur Folge. Hieraus erklärt sich demnach die Tatsache, daß in Produktion und Handel diejenigen Unternehmungen, die für den unmittelbaren Konsum arbeiten, wie die Lebensmittelbranche, die Textilindustrie, die Fahrrad- und Automobilindustrie, die Warenhäuser u. a. m., einen guten Beschäftigungsgrad und Gewinne aufweisen, während die Industrien der Rohstoffe und Produktionsmittel unter Absatzmangel und Kapitalknappheit erheblich mehr zu leiden haben.“

**Erstattung von Lohnsteuerbeiträgen.** Nach dem Steuerüberleitungs-gesetz können Lohnsteuerbeiträge aus dem Jahre 1924 in den Fällen teilweiser Verdienstlosigkeit, bei Krankheit, Unglücksfällen usw., auf Antrag erstattet werden. Die Anträge waren bis zum 31. Juli 1925 einzureichen. Durch das neue Einkommensteuergesetz ist die Frist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden. Anträge, die wegen Versäumnis der ursprünglichen Frist abgelehnt worden sind, können jetzt abermals eingereicht werden.

**Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.** Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hält vom 13. bis 30. September in Essen eine Reihe bedeutsamer Veranstaltungen ab. Vom 13. bis 15. September findet die zweite Jahreshauptversammlung der Gesellschaft in Essen statt, auf deren Tagesordnung insbesondere die Fragen der gewerblichen Kohlenoxydvergiftung und ihre Verhütung und der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedeutung der Einwirkung von Temperatur und Feuchtigkeit in industriellen Betrieben und Anlagen auf den Arbeiter und ihrer Verhütung stehen, die von führenden Wissenschaftlern der Medizin und der Technik behandelt werden. Vom 16. bis 19. September findet ganztagig ein gewerbehygienischer Vortragskurs statt, aus dessen reichhaltigen Programm besonders Vorträge über Hygiene und Unfallverhütung im Bergbau, Bleichschlammhygiene, die Arbeitsanweisung, erste Hilfe und erste Wundbehandlung hervorgehoben werden müssen. Gleichzeitig mit der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft wird in Essen eine gewerbehygienische Ausstellung „Gesundheit und Arbeit“ eröffnet, deren Programm eine Übersicht über die wichtigsten Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gibt. Auskünfte über alle Veranstaltungsdetails die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9.

**Briefkasten**

**W. M. in Kr.:** Das Bildlein war schon aus seinem ästhetischen Wert hervorgehoben worden; vielen Dank aber für Herausstellung des Gefahrensignals. Selbstverständlich sind bei Umrandung ausgenutzt von Hr. St. — D. K. in St.: Wird als Abgleich dieses Themas noch aufgenommen. — **W. L. in SW 61:** Die Notiz über die Kreisversammlung der dortigen Drucker kam für den Verammlungsatender der vorigen Nummer zu spät in unsre Hände, was darauf zurückzuführen ist, daß die Adresse falsch war; denn schon seit bald drei Jahren befindet sich die Redaktion des „Korr.“ in der Konigsstraße und nicht mehr in der Salomonstraße — **H. G. in Hammweg a. d. G.:** Ihre Erwiderung auf den Verammlungsbericht in Nr. 64 findet — weil unzufällig — keine Aufnahme. — **H. M. in M.:** Am 31. Juli hier eingegangen und am 19. August gebracht. — **J. T. in D.:** Nichts eingegangen. — **D. B. in M.:** Jul. 146: 1,66 M. — **Dr. M. in Tr.:** Jnl. 151: 1,60 M.

Trotz wiederholter Erinnerung ist die Spartenkategorie für die Ver-6 a n d e r s c h i e b e n d e v ö l l i g i n s E r d e n g e r a t e n, der Eingang im Monat August ist gleich Null. Es sehen auch noch große und große Drucker; am schlimmsten ist es bei den Druckern, bei denen noch 46 Kleele Kwo. Billige Vertrauensleute mit ihrer Antwort ausbleiben, am besten bei den Schriftsetzern, die schon lange vollständig vertreten sind. Ich übersehe von adressierten Antwortdrucker so erleichterten Angaben s c h l e u n g e t a u g e h e n z u l a s s e n. Als kein Spartenverzeichnis besteht, was aus den Adressenverzeichnissen selbst ohne weiteres hervorgeht, sollte mir doch kurz beantwortet werden, daß die Voraussetzung der Anfrage nicht zutrifft. Diejenigen Spartenverzeichnisse, die prompt die keine Statistik erledigt haben, würden es gewiß nicht verstehen, wenn ihre Sparte unvollständig in der Abhandlung erscheint, weil andre Spartenverzeichnisse ihrer Pflicht zur Unterstützung einer solchen Veröffentlichung nicht genügt haben. **W. K. r a h l.**

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, R. G., Berlin S 11, Wallstr. 65. Postkassenkonto: Berlin Nr. 1023 87 (B. Schwelmsky).

**Keine Verwendung von alten Reiselegitimationen. Einsendung der Statistikarten für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung**

Wie aus der Prüfung der Reiselegitimationen hervorgeht, hat eine Reihe von Reiselegitimationen unrechtmäßige Bekanntmachung in Nr. 68 des „Korr.“ nicht beachtet, denn es werden noch als alte Reiselegitimationen aus den Vorjahren verwendet. Wie wiederholen deshalb unsere Aufforderung, die alten Reiselegitimationen nun endlich zu vernichten und nur noch neue Reiselegitimationen zu verwenden, die auf Anforderung den Reiselegitimationen sofort zugesandt werden.

Weiter müssen wir Klage führen über die lästige Einsendung der Statistikarten für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Trotz ständiger Hinweis in „Korr.“, diese Karten rechtzeitig einzuliefern, müssen wir feststellen, daß Monat für Monat eine Reihe von Karten diese Karten nicht einleitet, wodurch der Wert der Statistik erheblich beeinträchtigt wird. Nur ungenutzte Statistikarten für den Verbandsvorstand zu Maßnahmen, um diesem Abset zu wehren. Sie lassen sich aber nicht umgehen, wenn die Dinge sich nicht ändern. Schon einmal haben wir uns veranlaßt gesehen, die sämtlichen Einsender der Karten im „Korr.“ bekanntzugeben. Wir möchten auf diese Maßnahme zurückgreifen, wenn die Funktionen unserm Verbandsamt auf Beachtung der Notizen und Bekanntmachungen im „Korr.“ auch fernere nicht Rechnung tragen.

Der Verbandsvorstand.

**Beitrag Kleelefeld.** Der Maßstabsveränderer Ernst Kleelefeld, geboren in Minden i. W. 11. Oktober 1881, wird am Einleitung von drei Beiträgen erlaubt, damit ihm endlich sein Buch zur Verfügung gestellt werden kann. Der Druck „Kauf und Verkauf“ ist im Verlag von Friedrich 22. Dezember 1924 wieder aufgelegt, hat bereits mehrere Auflagen und wurde mit August 1924 in Kleelefeld, Friedländerstraße 42, in Verbindung zu setzen. Die weiteren Details, wollen hierauf aufmerksam machen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeliegte Adresse)

Im Gau Westfalen-Länder der Bruder Paul Kaslow, geb. in Kolberg 1901, ausgl. dal. 1919; war noch nicht Mitglied. — L. Tahnke in Schwesin, Kolbener Str. 19. Im Gau Schleswig-Holstein 1. der Seher Hans Felix, geb. in Hamburg 1904, ausgl. in Mittena 1921; war noch nicht Mitglied; 2. der Bruder Albert Kosenbaum, geb. in Elmhorn 1901, ausgl. dal. 1922; 3. der Seher Hinrich Kosenbaum, geb. in Elmhorn 1900, ausgl. dal. 1915; waren schon Mitglieder. — Martin Prüter in Kiel, Schwanenburger Straße 34, p.

Arbeitslosenunterstützung

Brandenburg. Der Seher Nicolaus Hoffert aus Fosen (Hauptbuchnummer 42 974) ist hier abgereist; ohne seine Verbindlichkeiten in der hiesigen Volkshausherberge zu erledigen. Denselben ist Buch und Reiselegitimation abzunehmen und nach der Hauptverwaltung zu senden.

Versammlungskalender

Brandenburg. Versammlung Sonnabend, den 22. August, abends 8 Uhr. Breslau. Ubersichtliche Versammlung Mittwoch, den 2. September, abends 7 1/2 Uhr, in der „Wallisania“, Mauritiusplatz (früher Ermer). Gera. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. September, im Gwerkeschulhaus „Lilienplatz“ 8/9. Gera. Versammlung Mittwoch, den 26. August, abends 8 Uhr, in der „Moor-Räblichen Turnhalle“ (Heiner Esai). Gera. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. September, vormittags 11 Uhr, in Greiffenberg l. Schl., „Schützenhaus“. — Versammlung Dienstag, den 8. September, abends 7 Uhr, im „Goldenen Schwert“ in Hirschberg. Naumburg a. d. S. Versammlung Mittwoch, den 26. August, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn“. Pflanz l. B. Versammlung Freitag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gwerkeschulhaus „Schillergarten“.

Anzeigen

Anzeigengebühr: die schlagfeinste Zeile 15 Goldpf. Die Derrins, Arbeitsmarkt, Fortbildung und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Abnahmepflicht Montag und Donnerstag früh zur jeweiligen nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einschaltung auf Postfuß (Leipzig Nr. 613 28).

Ortsverein Zeig
Am Sonntag, dem 27. September, feiern wir im „Preussischen Hof“ unser 50. Stiftungsfest und laden alle Kollegen von nah und fern hierzu ein. Besonders herzlich sind alle Kollegen eingeladen, die ehemals in Zeig gelanden haben. Vormittags 10 1/2 Uhr: Festversammlung. Abends 7 Uhr: Abendfeier. Vorherige Anmeldungen werden erbeten an Kollegen Otto Schmidt, Zeig, Weinbergstraße 8, part.

Drucksachenvertreter
Wir suchen mit den modernsten Maschinen und Schriften ausgestattete Druckerei gesucht. Grober und ausstichreicher Wirkungskreis, da für Großstädte eng zusammenliegend. Off. Angebote bis herbeizugewandten erbeten. Clemens Hengsbach & Co., Verlag der „Volksstimme“, Dulsburg, Marienstraße 29.

Tüchtige Seher
Wir suchen zum baldigen Eintritt einen tüchtigen, im Fach durchaus erfahrenen Korrektor gelernter Seher, für Zeitung und Anzeigen. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe des Eintrittstermines erbeten an die Buchdruckerei und Verlagsanstalt Albert Heine, Cottbus, „Cottbuser Anzeiger“.

Alzidenzseher und Werkseher
zur Verarbeitung von Schmaschinenfab in gutbezahlte Stellung sofort gesucht. Offerten unter Nr. 96 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtige Alzidenz- und Anzeigenseher
Wir suchen zum baldigen Eintritt einen tüchtigen, im Fach durchaus erfahrenen Korrektor

Flotter Alzidenzseher
selbständige Kraft, als Kleinlicher in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung für kleine, aber modern eingerichtete Druckerei gesucht. Lehrberechtigter hat den Vorzug. Buchdruckerei Joseph Lenkischki, Mannheim, Kaiserstraße 20.

Tüchtige Linotypeseher
Sofort gesucht. Nur 1a Kräfte mit guten Zeugnissen wollen sich unter Verflügung derselben bewerben. E. Gundlach A.-G., Bielefeld.

Typographseher
(U-W) mit längerer Praxis und guten Maschinenkenntnissen zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. Ausführende Angebote und Wohnansprüche an Ph. v. Fabern, Mainz.

Tüchtiger erfahrener Maschinenmeister
Wir suchen und Tiegeldruckpresse zum alsobaldigen Eintritt gesucht. Richard Veltz & Sohn, Buchdruckerei, Adelsheim (Baden).

Jungen tüchtigen Maschinenmeister
in Dauerstellung sucht für möglichst sofort. H. W. Schlimper, O. m. b. H., Abt. Druckerei, Weichen l. Ca.

Buchdruckmaschinenmeister
mit Lehrberechtigung sucht für Dauerstellung. Oberbayerische Geschäftsbuchdruckerei und Druckerei, Gleimstr. 2 (Heinrich-Oberbayerstr.).

Maschinenmeister
für Werk- u. Katalogdruck, nur tüchtige Kraft, sofort gesucht. S. A. Brochmann, Leipzig.

Maschinenmeister
für besten Werk- und Plattendruck, vertraut mit Königs-Vogelmaschinen, zum baldigen Eintritt gesucht. C. Geisert, Buchdruckerei, Alzidenz.

Wir suchen zum baldigen Eintritt tüchtigen Galvanoplastiker
ferner einen tüchtigen Stereotypen

Junger strebsamer Schriftsetzer
sucht sich in Leipzig zu verändern. Off. Schreiben mit Lohn- und Arbeitsangaben unter Nr. 156 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstr. 7.

Tüchtiger Alzidenzseher
ledig, in allen Gattungen bewandert, tüchtiger Zeichner, in ungekündigter Stellung, möchte sich sofort umhändehalter nach Leipzig in mittleren oder kleineren Alzidenzbetrieb verändern. Es kommen nur Betriebe in Frage, denen an diesem Personal gelegen ist. Zeugnisse zur Verfügung. Angebote unter Nr. 149 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Alzidenzseher
ledig, in allen Gattungen bewandert, tüchtiger Zeichner, in ungekündigter Stellung, möchte sich sofort umhändehalter nach Leipzig in mittleren oder kleineren Alzidenzbetrieb verändern. Es kommen nur Betriebe in Frage, denen an diesem Personal gelegen ist. Zeugnisse zur Verfügung. Angebote unter Nr. 149 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Linotypeseher
13 Jahre Praxis, sicher, flott und korrekt, sucht sich in Dauerstellung zu verändern. Da verheiratet, wäre Zweizimmerwohnung erwünscht. Offerten unter Nr. 136 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Schweizerdegen
23 Jahre alt, ledig, firm in Alzidenz und Zeitung, wünscht sich zu verändern. Egal wohin. Werte Zuschriften erbitet Bruno Kannaher, Treuen (Vogtland), Talstraße 7.

Junger Maschinenmeister
fiem im Alzidenz-, Werk- und Plattendruck, sucht für sofortige Stellung. Off. Angebote an Welf. Ortmann, Alsen l. Hann., Mendosener Straße 27.

Tüchtige Seher
für Werk- und Alzidenzfab sofort gesucht. Aug. Ludwig Stob, Reimnitzschau.

Schweizerdegen
eventuell Schweizerdegen, in Dauerstellung. Runo Paulsan, Bad Bramstedt (Holst.).

Schweizerdegen
für besseren Werkfab bei Abwesenheit der Bezahlung in Dauerstellung gesucht. Walter de Grayter & Co., Eschblin (Kreis Teltow).

Tüchtiger Alzidenzseher
Sofort gesucht. Bei guten Leistungen Dauerstellung. Angeb. erbeten unter Nr. 147 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

Durchaus tüchtiger Linotypeseher
für unsere Multi-Deal in Dauerstellung gesucht. Wohnung von zwei Zimmern mit Kochgelegenheit und Belagel kann gestellt werden. „Neueste Nachrichten“, Leubau l. Schl.

Schiffverlag d. Bildungsverbandes des d. Deutsch. Buchdruck., Leipzig, Salomonstr. 8.

Tüchtiger junger Linotypeseher
guter Maschinenkennner und -pfeiler, für Ideal-Maschine zum 1. September als alleiniger Maschinenführer gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 140 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

Flotter Linotypeseher
guter Maschinenkennner, für wochenweise wechselnde Tag- und Nachtschicht in dauernde Stellung bei hohem Lohn gesucht. Fabrikverwalter „Kochlinghausen“.

Monotypeseher
für D-Tafel sucht C. C. Naumann O. m. b. H., Leipzig, Seeburgstraße 57.

Galvanoplastiker
zum baldigen Eintritt in größere Stadt Norddeutschlands gesucht. Mit allen Arbeiten vertraut. Wohnung vorhanden. Im gefestigten Alter bevorzugt. Off. unter Nr. 151 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

Drei tüchtige Linotypeseher, langj. Praxis, suchen in Hamburg sofortige Stellung. Ang. an J. Hamburger, Hamburg 3, Schmalenstraße 6 II.

Langj. Linotypeseher
12 Jahre Praxis, guter Maschinenkennner und -pfeiler, sucht in Leipzig oder Umgegend. Dauerf. Ang. m. Gehaltsang. an Alfred Barck, Wisla, Krimmischauer Straße 23 I.

Junger setzender Typographseher
achtjährige Praxis, verheiratet, wünscht sich in angenehme Dauerstellung bei guter Bezahlung und Erstattung der Umzugskosten zu verändern. Familienwohnung muß zur Verfügung stehen. Off. Offert. unter Nr. 145 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Wo wird in Leipzig jungem, stottem Alzidenz- und Anzeigenseher Gelegenheit geboten, sich an der

Sehmaschine
(Elinotype oder Typograph) auszubilden? Werte Angebote erbeten unter Nr. 161 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

Junger Buchdrucker
20 Jahre alt, sucht sich zu verändern für Regel und Schnellpresse (Saugapparat). Offerten erbeten unter D. W. postlagernd Schwelm (Westf.).

Jellenmaß (8 Maße auf Manillakarton) a 50 Pf. A. Eieg, München 9.

Am Rhein! Illustrationsmaschinenmeister
22 Jahre alt, gute Zeugnisse, Alzidenzseher

21 Jahre alt, in Zeugnisse, gutes Zeichnen, möchten sich nach dort zu verändern. Werte Offert. unter H. G. 143 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Maschinenmeister
firm im Werk- und Alzidenzdruck, sucht baldig Dauerstellung. Off. Offerten erbeten unter Nr. 148 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstr. 7.

Buchdrucker
27 Jahre alt, ledig, zwei Jahre außer Beruf, sucht sofortige Stellung. Gleich wohin! Angebote unter Nr. 158 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Berliner Korrektorenverein
Sonntag, den 6. September, vormittags 10 Uhr, im „Grapplischen Vereinshaus“, Alexanderbrunnstraße 44.

Halbjahres-Hauptversammlung
Tagessordnung: 1. Neuaufnahme, 2. Bericht, 3. Bericht des Kassenschatlers und der Kassenspreiser, 4. Bericht des Kassenschatlers, 5. Beschlüsse. Vorstandssitzung 9 Uhr. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Handwerker- und Kunstgewerbeschule Barmen
Werkstätten für Holz- und Buchdruck, Stein-, Holz- und Metallarbeiten. Photomechanisches Atelier. Entwerferklassen für Reklame und Buchschmuck.

Werkzeuge f. Sokel Verlag des Bildungsverb., Leipzig, Salomonstr. 8 II.

Ernst Hoffmann
geboren in Walsenburg in Schlesien, im Alter von 55 Jahren. Seine Anhänglichkeit zur Organisation und sein offenes Wesen sichern ihm ein ehrenvolles Gedenken. Mitgliedshaft Alzenberg.